

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., ausmüchtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18

Freitag den 22. Januar 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 20. Januar 1904.

Die Kaufmannsgerichte.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Regierungsvorlage über die „kaufmännischen Schiedsgerichte“ und einen gleichgerichteten Initiativantrag der Antikameralisten.

Die Arbeiterbewegung greift über ihre eigentlichen Grenzen hinaus und erfaßt die nächststehenden Berufsklassen. Schon wiederholt hat sich die Forderung mit den Forderungen der kaufmännischen Angestellten, der Privatbeamten u. s. w. beschäftigen müssen. Und die Bewegung nach einer schnellen, billigen, sachkundigen Rechtsprechung für die Handlungsgehilfen ist jetzt so stark geworden, daß die Regierung selbst, trotz all der Bedenken, die sie hatte, die den Entwurf monatelang im Bundesrat festhielten, es für einen unabweislichen Konservatismus erklärte, ihr länger zu widerstreben.

Der erste Redner aus dem Hause, der neugewählte antisemitische Reichs- und Landtagsabgeordnete Rattmann-Kassel, und die große Zahl der bürgerlichen Redner, die nach ihm sprachen, sind von der Regierungsvorlage im wesentlichen befriedigt.

In ihren Reden findet sich wohl hier und da auch ein besondrer Wunsch, eine kleine Abweichung, aber im großen ganzen spannen sie doch denselben Faden. Sie sangen alle das hohe Lied von der Harmonie zwischen Chefs und Handlungsgehilfen, das in bezug auf Arbeiter und Unternehmer keiner mehr anstimmen kann, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen.

Demgegenüber ist die Sozialdemokratie die einzige ernsthafte Vertreterin der Interessen der Handlungsgehilfen. Genosse Singer, der in großangelegter, erschöpfender Darstellung der wirklichen Verhältnisse mit genauester Sachkenntnis den Standpunkt unserer Fraktion vertrat, zerstörte zunächst die Legende des Abg. Rattmann von der bahnbrechenden Tätigkeit des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands. Dann formulierte er klar und scharf die Wünscheforderungen, unter denen die Gehilfenschaft wie unsere Fraktion dem Entwurf zustimmen kann: Obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten an allen Orten, wo ein Gewerbegericht besteht, aktives und passives Wahlrecht für alle Handlungsgehilfen über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts, Fernhaltung der Rechtsanwälte von den neuen Gerichten — ebenso wie sie bei den Gewerbegerichten ausgeschlossen sind —, die nur das klare Recht zu gunsten der Unternehmer verwirren und die Prozeßführung verteuern, und Unterstellung der Streitigkeiten aus der Konkurrenz-Klausel unter die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Daneben wies er die reaktionären Einmischungsversuche der Berufsvereinigungen energisch zurück und sprach noch manche andere wertvolle Anregung für eine wahrhaft soziale Ausgestaltung des Gesetzes aus.

Dem allen gegenüber hat der Staatssekretär Graf Posadowsky nur ein klares „Nein“ erklärt. Er doch, daß die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts, für das selbst Herr Trimborn vom Zentrum, Herr Bed von den National-Liberalen und Herr Bleil von den Freisinnigen eintrat, die Vorlage der Regierung unannehmbar machen würde.

Unsere Fraktion wird bei der morgigen Fortsetzung der Beratung der Regierung die Antwort nicht schuldig bleiben.

15. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kolonialdirektor Dr. Stübel, Freiherr v. Stengel, Schr. v. Richthofen, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 3. Lesung des Nachtrags Etats für Südwest-Afrika, der ohne Debatte angenommen wird.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. Kaufmannsgerichte in Verbindung mit einem Initiativantrag der Abg. Liebermann v. Sonnenberg u. Gen. (Ant.) über denselben Gegenstand.

Als Antragsteller nimmt das Wort

Rattmann (Ant.): Die Vorlage des Bundesrats war ein ebenso überraschendes wie erfreuliches Neujahresgeschenk für die Handlungsgehilfen. Ueber die Notwendigkeit kaufmännischer Gerichte besteht kein Zweifel, nur ein prinzipielles Bedenken, die befürchtete Stärkung der Sozialdemokratie, besteht noch. Ueber der starke deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ist die treibende Kraft dieser ganzen Bewegung. Herr v. Gerlach hat dem Verband seine antisemitischen Gesinnungen vorgeworfen. Der Vorwurf ist um so merkwürdiger, als man nicht weiß, welche Gesinnungen der Herr selbst augenblicklich abstreift. Wir treten ein für den Anschluß an die Gewerbegerichte mit ihrer Schnelligkeit und Billigkeit des Verfahrens und einer dem Geist des Gesetzes entsprechenden sachkundigen Rechtsprechung. Im Rahmen des allgemeinen Gerichtsverfahrens oder als Unterabteilung der Amtsgerichte können die Kaufmannsgerichte das nicht leisten. Die Grenze der

obligatorischen Einführung der Kaufmannsgerichte bei Gemeinden von 50 000 Einwohnern würde zu denselben Mifständen führen, die sich bei den Gewerbegerichten herausgestellt haben.

Trimborn (Z.): Auch meine Freunde begrüßen den Entwurf als die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches, er ist spät gekommen, aber er ist gekommen. Ich persönlich und ein großer Teil meiner Freunde billigen den Anschluß an die Gewerbegerichte, weil diese bisher mit Erfolg tätig gewesen sind. Vielleicht könnte das Reichsjustizamt später die Sondergerichte in organischer Weise den ordentlichen Gerichten angliedern. Ein Teil meiner Freunde aber hält an der Angliederung an die Amtsgerichte fest. Für den Vorstoß bei den Kaufmannsgerichten halten wir Verwaltungsbeamte nicht für geeignet. Es handelt sich lediglich um bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, und bei ordentlichen Richtern ist die Unabhängigkeit gesetzlich garantiert. Gerade durch solche Stellungnahmen werden sie zu sozialem Verständnis erzogen. Freilich sollte man zu dieser Aufgabe nur die tüchtigsten Richter nehmen. Wir ziehen die Grenze von 20 000 Einwohnern für die Errichtung der Kaufmannsgerichte der allzu hohen von 50 000 Einwohnern vor. Für die Wahlen zu den neuen Gerichten werden wir vielleicht einen Antrag auf Proportionalvertretung stellen; auch wollen wir den weiblichen Gehilfen wenigstens das aktive Wahlrecht geben. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenz-Klausel und die Funktion der Einigungsämter sollte man den Kaufmannsgerichten gleichfalls übertragen. Ich beantrage die Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! im Zentrum.)

Singer (So.): Die Freude des Vorredners über die Vorlage teilen wir nicht. Die Vorlage ist ein neues Zeichen für unsere sozialpolitische Rückständigkeit. Kapitalistische Interessen sind von der Regierung in weitem Maße berücksichtigt worden. Die Spuren des Zentralverbandes der Industriellen sind deutlich erkennbar. Viel Wohlwollen für die kaufmännischen Angestellten ist von dort aber nicht zu erwarten. Die Vorlage entspricht einem alten Wunsche der Handlungsgehilfen; aber nicht der deutschnationalen Handlungsgehilfenverband war die treibende Kraft, sondern wir Sozialdemokraten haben schon 1890 beantragt, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen auszudehnen. Wir verlangen für die Kaufmannsgerichte grundsätzlich die gleichen Bestimmungen, wie für die Gewerbegerichte. Mit der Verweisung der Vorlage an eine 21gliedrige Kommission sind wir einverstanden. Wir sind für obligatorische Einführung der Kaufmannsgerichte, wie das auch sämtliche Organisationen der Gehilfen wünschen. Die Mehrheit des Hauses hat es also in der Hand, zu verhindern, daß nicht wieder die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeitnehmer vertritt. Die Einwohnerzahl von 50 000 ist übermäßig hoch gegriffen. Bei den Gewerbegerichten ist man bekanntlich auf 20 000 heruntergegangen. Bei der Rückständigkeit vieler Kommunalverwaltungen ist die obligatorische Einführung dringend notwendig. Ein weiterer Grund hierfür ist die Tatsache, daß die Großindustrie, um Kosten zu sparen, sich aufs Land zurückzieht und mit ihr eine große Anzahl von Handlungsgehilfen. Auf das Wohlwollen der Landgemeinden dürfen wir die Gehilfen nicht verweisen. Die Konkurrenz-Klausel soll nach der Vorlage nicht zur Zuständigkeit der kaufmännischen Schiedsgerichte gehören. Diese Konkurrenz-Klausel ist aber nichts anderes, als ein Ausnahmefestgesetz für die Handlungsgehilfen. (Sehr richtig! h. d. Soz.), wodurch ihnen auf Jahre hinaus die Möglichkeit fortzukommen doch sehr wesentlich beschränkt wird. Dieser Zustand steht mit Gerechtigkeit und Moral in schreiendem Widerspruch. Es sind bis in die höchsten Instanzen Urteile ergangen, die uns warnen sollten, die Rechtsprechung über Konkurrenz-Klausel-Streitigkeiten nicht sachverständigen Gerichten zu belassen. Die Handlungsgehilfen aller Parteien sind hierin einig. Die Frage des Vorstehenden ist nebensächlich. Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte sind aber sicherlich auch für die kaufmännischen Schiedsgerichte geeignet. Die Hauptsache ist, daß ein vernünftiger, vorurteilsloser Mann Vorsitzender wird. Entschieden sind wir dagegen, die Wahl der Richter den Organisationen und Korporationen zu überlassen, eine Möglichkeit, die die Vorlage zuläßt. Es scheint so, als ob das Bestreben, die Berufsstände zu Organen der Gesetzgebung zu machen, hier zu einem ersten Versuche geführt hat. Diese Bestimmung wird das Vertrauen der Gehilfen zu den neuen Gerichten sicherlich nicht erhöhen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Von den Gehilfen wird auch nicht einer auf unmittelbare Wahl verzichten wollen. Welcher Verband soll denn wählen? Hier wird doch nur eine Quelle ewiger Streitigkeiten geöffnet. Will man sozialistische Weisiger etwa dadurch ausschließen, daß man es einer Gemeinde überläßt, vielleicht einem deutsch-nationalen Gehilfenverband die Wahl der Richter anzuvertrauen? Für das Frauenwahlrecht wird wohl nur ein kleiner Teil des Zentrums eintreten. Es giebt jetzt etwa 120 000 weibliche Gehilfen: daß man ihnen das aktive und passive Wahlrecht nimmt, ist ein Hohn auf die Vernunft. Auch das 21. Lebensjahr ist viel zu hoch gegriffen, statt dessen muß das 21. Jahr eingefügt werden. Auch die Berufungssumme ist zu niedrig eingelegt. Weiter verlangen wir, daß eine Vertretung durch Rechtsanwälte ausgeschlossen ist. Das Gesetz soll den Wünschen der beiden interessierten Teile entsprechen. Die Wünsche der Handlungsgehilfen müssen noch weit mehr berücksichtigt werden. Hoffentlich gelingt das in der Kommission. Nur dann kann meine Partei für

das Gesetz stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokr.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Gesetzesentwurf hat bei den Beteiligten lebhaftes Interesse gefunden. Die Zeit der Gegnerschaft gegen alle Sondergerichte ist vorüber. An ihre Stelle ist das Streben in alle Kreise der Bevölkerung getreten, zu korporativen Verbänden zu gelangen und Standesgerichte einzuführen. Daß auch im Bundesrat verschiedene Meinungen geltend gemacht worden sind, erleben Sie aus der langen Dauer der Vorbereitung. Ich kann auf diese widerstreitenden Meinungen aber nicht eingehen, sondern habe die Vorlage der Regierung als ganzes hier zu vertreten. Wir haben uns entschlossen, die Kaufmannsgerichte nicht den Amtsgerichten anzuklebern, weil die eigentlichen Erwerbsverhältnisse der Handlungsgehilfen dazu drängen, daß ihnen ein schnelleres und billigeres Prozeßverfahren gewährleistet wird. Am besten wäre es vielleicht gewesen, das Amtsgerichtsverfahren überhaupt einer gründlichen Reform zu unterwerfen, (Lebhaftes, vielfaches Sehr wahr!) es zu verbilligen und zu beschleunigen. (Erneutes Sehr richtig!) Es ließ sich aber nicht machen, und die Angliederung an die Gewerbegerichte erschien als das einzig Mögliche. Was den Vorsitzenden betrifft, so möchte ich dringend davor warnen, die Vorlage der Regierung zu ändern. Ich halte die Vorsitzenden der Gewerbegerichte auch für die Kaufmannsgerichte geeignet. Ueberall Kaufmannsgerichte einzurichten, ist praktisch unmöglich. Selbst in größeren Städten von 30 000 bis 70 000 Einwohnern sind im Laufe der Jahre nur verschwindend wenig Fälle bei den Amtsgerichten anhängig gemacht, die unter die Kaufmannsgerichte fallen würden. Es geht auch nicht an, alle Angestellten mit höheren Gehältern den Kaufmannsgerichten zu unterwerfen. Bankroturkunden mit hohen Gehältern können sehr wohl ihr Recht bei den ordentlichen Gerichten nehmen. Eine weitere Frage ist, ob alle Entscheidungen über Konventionalstrafen aus der Konkurrenz-Klausel den Kaufmannsgerichten überwiesen werden sollen. In manchen Fällen wird ja die Konkurrenz-Klausel in einer schloßartigen Weise ausgebeutet, aber andererseits ist auch die Entscheidung über solche Streitigkeiten juristisch sehr subtil, und ich würde sie nicht gern den ordentlichen Gerichten entzogen wissen. Ganz etwas anderes ist es, ob die Konkurrenz-Klausel in einem weiteren oder einem engeren Sinne zu interpretieren ist. Für die Gestaltung der Kaufmannsgerichte als Einigungsämter liegt wohl kein Anlaß vor. Handlungsgehilfenstreits sind wohl bis jetzt nicht vorgekommen. Ueber den Ausbau der Gewerbegerichte können wir uns vielleicht noch einmal später unterhalten. Was das Frauenstimmrecht anlangt, so halten wir es für ausgeschlossen, einen wichtigen Grundgesetz unserer ganzen öffentlichen Verwaltung bei einem solchen Sondergesetz zu durchbrechen. Es genügt, daß die männlichen Besitzer das Vertrauen des schwächeren Geschlechts besitzen. Wenn ich auch anerkenne, daß die Frau im gewerblichen Leben eine immer größere Rolle spielt, so kann ich doch schon heute erklären, daß für das Frauenwahlrecht die verbündeten Regierungen nicht zu haben sind. Ich hoffe, daß in der Kommission alle noch vorhandenen Differenzpunkte beseitigt werden und wir schließlich noch zur Einigung kommen. (Beifall.)

Bed-Heidelberg (N.): Wir stellen uns im allgemeinen auf den Boden der Vorlage. Obwohl wir manche Bedenken gegen die Gewerbegerichte haben, würden wir es für ein Unrecht halten, das, was den Arbeitern gemährt ist, den Kaufleuten zu verlagern. Lieber wären wir für die Angliederung an die Amtsgerichte gewesen, doch es ist zuzugeben, daß auch Gründe für die Angliederung an die Gewerbegerichte sprechen. Die Grenze von 50 000 Einwohnern erscheint uns zu hoch, aber nur wo ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist, sollten Kaufmannsgerichte errichtet werden. Auf keinen Fall sollen sie Klassengerichte werden, die Gegenseite sollen nicht verschärft, sondern ausgeglichen werden. Wir sind dagegen, irgend welchen Korporationen das Wahlrecht zu übertragen. Im Frauenwahlrecht kann ich keine Gefahr erblicken, aber nach der Erklärung der Regierung werden wir auf diese Forderung wohl verzichten müssen. Aus der Konkurrenz-Klausel entstehende Streitigkeiten können wir den Kaufmannsgerichten unterstellen. Auch ich hoffe auf eine schnelle Verständigung in der Kommission.

Genning (St.) erklärt, der Vorlage sympathisch gegenüberzutreten. Der Vorsitzende müsse ein praktischer Richter sein. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenz-Klausel möchten seine Freunde nicht den kaufmännischen Gerichten unterstellt sehen.

Bleil (Fp.): Wir sind keine Freunde von Standes- oder Sondergerichten. Nachdem aber einmal die Gewerbegerichte geschaffen sind, ist die Angliederung der Kaufmannsgerichte an sie geboten. Wir sind auch für obligatorische Gerichte. Die Frage der Zulassung von Rechtsanwälten muß noch geprüft werden, ebenso die Höhe der Berufungssumme von 300 M. Die Beurteilung der Streitigkeiten aus der Konkurrenz-Klausel wird am besten den sachverständigen Kaufmannsgerichten überlassen. Für das obligatorische Proportionalwahlrecht sind auch wir. Ob sich das Frauenwahlrecht, für das wir an sich sind, bei dieser Gelegenheit wird einführen lassen, erscheint mir zweifelhaft.

Schlüter (Sp.) erklärt sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden.

Hierauf verliert das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem erste Lesung des Serbistatistik.) Schluß 5.30 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der preussische Etat. Während das Reich nicht weiß, wie es die Dächer stopfen soll, schämt sich Preußen im Gelbe. Der neue preussische Etat für das Jahr 1904 rechnet mit einem Mehrüberschuß aus den Staatsbetrieben von fast 100 (genauer 98 750 417) Millionen Mark. Diese Mehreinnahmen sollen vornehmlich aus den Eisenbahnen und den Forsten erzielt werden. Die Eisenbahnen allein werden mit einem Mehrüberschuß von 82,2 Millionen netto eingeschätzt, während der rohe Mehrertrag 138 1/2 Millionen betragen soll. Von diesen 138 1/2 Millionen werden ganze 1,4 Millionen auf Wohlfahrtsanstalten verwendet. Die Mehrausgaben für Besoldungen betragen rund 13 Millionen, der größere Teil dieses Betrages soll aber zur Schaffung neuer Stellen verwendet werden, und nur ein verhältnismäßig geringer Betrag für Lohnaufbesserungen. Außerdem soll für den Bau eines königlichen Schlosses in Posen 1 Million als erste Rate bewilligt werden. Die Gesamtkosten des Schlosses betragen mehr als 5 Mill. 27 Millionen werden für Polizeizwecke mehr gefordert, für den Dispositionsfonds des polnischen Oberpräsidenten (Schußgeld für die polnische Kaninchenjagd) eine halbe Million mehr, für Buchhäuser gleichfalls fast eine halbe Million mehr. Ein fast ebenso hohes Mehrerfordernis hat die Gesundheitsverwaltung. Der Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen ist von einer Viertel auf eine halbe Million erhöht worden. Die Justizverwaltung erfordert 3,7 Mill. mehr. Aber auch für Sozialpolitik soll gesorgt werden. Zur Förderung der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minderbemittelten Bevölkerungskreise sind — man höre und staune — 30 000 Mark, schreibt dreißigtausend Mark und kein Pfennig in Rechnung gestellt. Hier hält unser Bericht ge-
nügt inne.

Ein wahres Meister von Scharfmacherei ist die letzte Nummer der „Deutschen Arbeiterzeitung“. Das Unternehmerviertel sans phrase wendet sich in besonderen Artikeln: 1. gegen Prof. Dr. Franke, den Herausgeber der „Sozialen Praxis“, weil er forderte, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mit Ausnahmengesetzen zu führen sei, sondern durch eine planvolle Fortführung der Sozialreform. 2. Gegen den durch seine Erhebungen im Reichsgewerbe, wie die „Arbeiterzeitung“ sagt, berühmten Dr. Zimmermann, weil er, obwohl er jede Bergewaltigung scharf verurteilt, doch gerechterweise Umgangsformen und Gewohnheiten innerhalb der Arbeiterkreise als milde Umstände anerkennt. 3. Gegen die Vorlage für Kaufmannsgerichte, wobei bemerkt wird: „Nachdem die Regierungen die gewerblichen Arbeiter durch die Gewerbengerichte revolutioniert und organisiert haben, kommen jetzt die Handlungsgesellschaften an die Reihe.“ Dann wird die neue sächsische Wahlgesetzvorlage besprochen, in der, bei 83 Mandaten die Arbeiterkraft, also 75 pSt. der Bevölkerung, höchstens 16 Mandate erlangen kann, und ausgerufen: „Diese Konzeption an die revolutionäre Internationale ist geradezu unbegreiflich.“ Schließlich weist die „Arbeiterzeitung“ frohlockend auf die Begründung dieser Vorlage hin, wo es u. a. heißt, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht abzulehnen ist, da es zur Klassenherrschaft oder vielmehr zur Herrschaft derjenigen Politiker führe, denen es durch irgendwelche Mittel gelungen ist, die Massen zu beeinflussen und dadurch zu beherrschen, was das Blatt bemerkt zu dieser Ansicht: „Leider ist bis zu der Kampfabwendung für das Reich noch ein unabweisbarer weiterer Weg.“ — Das genügt wohl für eine Nummer!

Die Wirkung der „Bälows-Akten“ in Ostpreußen. Auf manigfache Art werden die „Bälows-Akten“ in Ostpreußen verbreitet. In Königsberg läßt man sie in den größeren Fabriken durch Lehrlinge und Arbeiter, die das Vertrauen der Meister besitzen, verteilen. Zwei bis drei Mann erhalten aber nur zusammen ein Exemplar, weil der Sozial nicht groß genug zu sein scheint. In Insterburg und anderen Städten bringen Polizisten das Büchlein in die Wohnungen der Bürger. In den Dörfern und auf den Gütern verbreiten die von der Wahl her bekannten konservativen Agenten: Pfarrer, Lehrer, Gemeindevorsteher und ähnliche D- d- n- g- s- t- u- e- n- die Schrift. In verschiedenen Ortsgemeinden er- leichtert man sich die Arbeit dadurch, daß man die Büchlein in der Schule den Kindern für die Eltern mitgibt. Welche Wirkung übten denn nun bisher die von dem Kanzler des Deutschen Reichs gegen die Sozialdemokratie gehaltenen Verhandlungen auf die ostpreussische Landbevölkerung aus? In einer Auflage von 40 000 Exemplaren wird, wie seit einiger Jahren, in der Provinz der sozialdemokratische Kalender „Ostpreussischer Landbote“ verbreitet. In diesem Jahre gerade zu gleicher Zeit mit der „Bälows-Akte“. In Ostpreußen sind nun lange nicht so viele und einflussreiche Agenten zur Verfügung stehen wie den Verhandlungen, so scheint unser Kalender bei der Ausbreitung der „Bälows-Akte“ ganz gut anzu- halten. Der von uns erwähnte Kalender auf dem Lande ver- breitet Kalender enthält auch eine Aufforderung zum Abonnement auf die Landarbeiter-Zeitung „Ostpreussischer Landbote“. In der Zeit vom 1. Januar d. J. bis jetzt sind nun zu dieser Zeitung trotz heftiger Gegenaktionen von Seiten landlicher Gegner fast 300 neue Abonnenten aus der Provinz hinzugekommen. Ob dieser Erfolg trotz der „Bälows-Akte“ oder infolge derselben eingetreten ist, darüber mögen sich die den Kopf zerbrechen die einen großen politischen Wert auf die Verbreitung der „Bälows-Akte“ gelegt haben.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag. Die „Frankf. Bzg.“ meldet aus Bern: „Die Konferenz über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag der ersten Lesung der schweizerisch-österreichischen Handelsvertrags- handlungen hätte die Schweiz ihre Unterhandlungen jeglich mit Deutschland fortsetzen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Schweiz keinen Grund hat, mit den Verhandlungen sich zu belegen, da sie deutschseits kein Entgegenkommen findet.“ — Der Schweiz gegenüber glaubt man sich demnach den besten Mann zu machen zu können, während man andererseits vor England ins Gespräch tritt.

Ein Mandat für Rögeler! Aus ostpreussischen Kreisen wird einem Berliner Blatt berichtet, daß eine

Rabbinetsordre über die schriftstellerische Betätigung der Offiziere, und zwar auch der verabschiedeten, ergangen sei, die in sehr scharfen Ausdrücken die kaiserliche Mißbilligung über manche Angriffe und Veröffentlichungen der jüngsten Monate ausspreche und jedenfalls für die Zukunft eine wesentliche Einschränkung in der öffentlichen Besprechung von Heeresangelegenheiten durch aktive oder inaktive Offiziere zur tatsächlichen Folge haben werde. — Es ist auch wirklich allerhöchste Zeit, daß dem Unfug der Rögeler an den Einrichtungen unseres herrlichen Kriegsheeres ein Ende gemacht wird. Gehen doch bereits leibhaftige Generale unter die „Rögeler“. So meldet eben erst wieder die „Frankf. Bzg.“: „Der Kritik in der Schrift des ehemaligen kommandierenden Generals des 15. Armeekorps, des Freiherrn v. Meerfeldt, wonach die Ausbildung unserer Infanterie den veränderten Anforderungen des Krieges nicht genügend Rechnung trage, tritt der ehemalige kommandierende General v. Blume bei. Er bedauert, daß man nur zögernd von dem früher mit so großer Virtuosität betriebenen Drill bei der Infanterie nachlasse. Die kriegsmäßige Ausbildung der Infanterie werde durch den übertriebenen Exerzier- und Paradebrill beeinträchtigt. Selbst ehemaligen kommandierenden Generalen ist der Paradebrill nicht mehr heilig — da hört sich doch alles auf!“

Die Budgetkommission des Reichstags führte Mittwoch die Beratung des Postetats zu Ende durch Genehmigung der Forderung von 2,2 Millionen für Fernsprechanlagen, wovon ein großer Teil zur Umwandlung oberirdischer in unterirdische Leitungen bestimmt ist. Die Frage, ob solche Summen nicht besser aus laufenden Mitteln als aus Anleihen zu bestreiten seien, führte zu einer längeren Debatte über die Vermögenslage des Reichs und die Verteilung seiner Schulden auf verbendes und nicht verbendes Vermögen. Diese Frage wird bei der Beratung des Reichshaushaltsgesetzes weiter erörtert werden. Dann begann die Beratung des Etats des Reichamts des Innern. Bei der Forderung für die Weltausstellung in St. Louis brachte Singer (Soz.) auch die Schwierigkeiten zur Sprache, die der deutschen Kunst, besonders der neuen Richtung der Malerei, bereitet werden. Der Staatssekretär Graf Posadowsky bestritt, daß von einer Zurückziehung der Sezession gesprochen werden könne; aber dieser Kampf mit der alten Kunstgenossenschaft habe manche Schwierigkeiten hervorgerufen.

Volksprotest gegen das neue sächsische Wahlgesetz. In sechs Versammlungen, die von ungefähr 5000 Personen besucht waren, protestierten unsere Genossen in Leipzig gegen die beabsichtigte Landtagswahlreform. Gleichartige Resolutionen, in denen die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Sachsen gefordert wurde, gelangten in den sechs Versammlungen zur Annahme.

Die gefährlichen Kriegsbriefe. Nach der „Frankf. Bzg.“ hatte das Organ der heftigen Kriegervereine, „Der heftige Kamerad“, in seiner letzten Nummer mitgeteilt, daß von der Staatsanwaltschaft in Mainz die öffentliche Anklage gegen die sozialdemokratische „Mainzer Volkszeitung“ erhoben sei, wegen der in diesem Blatte seinerzeit erfolgten Veröffentlichung der hinterlassenen Briefe des Generals Kreisemann, in denen dieser von angeblichen Plandierungen gesprochen, die heftige Truppen im Jahre 1870/71 in Frankreich verübt haben sollten. Die „Mainzer Volkszeitung“ hat nun auf Erwidigungen an zuständigen Stelle erfahren, die Staatsanwaltschaft werde tatsächlich aller Voraussicht nach im „öffentlichen Interesse“ Anklage erheben. Beantragt sei die Einleitung des Strafverfahrens vom Oberleutnant a. D. Halle und dem Major a. D. Widel, jetzt Gefängnisdirektor in Reg. Das Blatt will nunmehr beweisen, daß jene Briefe des Generals Kreisemann der Wahrheit entsprechen und ersucht alle diejenigen, die ihm Angaben über die Vorgänge machen können, die sich vom 13. bis 16. November 1870 in und um Sens ereigneten, sich schriftlich oder mündlich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen.

Weiterer Aufklärung bedürftig ist folgender Fall, der aus Däßeldorf berichtet wird: In dortigen städtischen Baracken-Krankenhause liegt angeblich ein Kranter, welcher (wie die „Volkszeitung“ mitteilt) angeblich japanischer Offizier zu sein. Er nennt sich Horon Er Drewe, will Arzt sein und 17 Sprachen sprechen können. Er befindet sich unter ständiger Bewachung, da die Polizeibehörde anscheinend einen fremdländischen Spion in ihm vermutet. Der Betreffende logierte in einem Hotel, wo er von der Kriminalpolizei verhaftet wurde. Nach einer anderen Version handelt es sich um einen japanischen Offizier, der russische Kriegsalten angefallen haben soll. — Diese Mutmaßung klingt zwar etwas phantastisch, aber nach Lage der Sache ist es gar nicht unmöglich, daß die Kaiserlich-japanische Bälows-Regierung „Bälwchen“ einen weiteren Versuch machen will.

Der Generals-Auffstand. Mittwoch Vormittag 11 Uhr fand auf dem Hofe der Sebatillons-Kaserne in Kiel die Verstellung des nach Südwestafrika abgehenden Expeditions- korps, gleichzeitig mit der Befragung des „Habicht“ vor dem Prinzen Heinrich statt. Der Prinz nahm die Parade ab und hielt dabei nach dem „Volks-Bzg.“ folgende Ansprache: „Im Laufe von wenigen Jahren ist es das vierte Mal, daß das Sebatillon berufen ist, auf Befehl des Kaisers Schden zu leisten, wo solche in unseren Kolonien entstanden sind. Ich freue mich sehr, daß ich mit Euch; ich kann sagen, ich bewende Euch, daß Ihr berufen seid, deutschen Ruhm und den Ehre auf neue herzustellen. Ich weiß, daß Ihr freiwillig herangezogen, das erfordert der Soldatenstand; das ist deutsche Tradition, daß die wir Deutsche stolz sein dürfen. Wenig wird Euch erspart bleiben, Hunger, Durst und schwere Entbehrungen. Denkt an Euer Pflicht, denkt an Euer Gott, denkt, daß Ihr Eueres Landes Vaterlandes seid! Seid gehorcht! Seid treu untereinander und haltet Kameradschaft! Beseht nicht, daß der Weg zum Erfolg bei Euch liegt! Eine jede Regel, die ihren Lauf verläßt, erfüllt ihre Pflicht! Entschloßene Mute und Feindschaft! Gott sei mit Euch!“ — Der Danziger „Parasit“ des Norddeutschen Reichs, Kapitän Maj. der des Expeditionskorps überführen soll, ist Mittwoch Vormittag von Bremerhaven abgegangen und nachmittags in Bültschhafen angekommen. Die mit dem Expeditionskorps mitabgehende Aufklärungsbatterie-
lung wird aus 80 Mann und 5 Offizieren bestehen. Ein

mitabgehendes Detachement des Eisenbahn-Bataillons wird gleichfalls aus 80 Mann bestehen. Für den Feldpostdienst werden Beamte mit hinausgehen. Oberst Durr, der Inspekteur der Marine-Infanterie, wurde nach dem „Samb. Corr.“ zum Befehlshaber der Streitkräfte in Südwestafrika ernannt. — Der Windhuker Korrespondent der „Kolonialen Zeitschrift“ teilte seinem Blatte durch dringliches Kabel- telegramm mit: „Büschleute Malahöhe Farmer Jäger und Frau ermordet. Mahandja im Verteidigungs- zustande; 400 Hereros mit Gewehren vor Mahandja, weiterer Zugang Hereros aus östlichem Sandfelde gemeldet.“ Der aus Stettin stammende Tierarzt Rämpny ist am Sonnabend auf einem Patrouillenritt bei Karibib erschossen worden. Inzwischen hat bereits der Kreuzer „Habicht“, der in jenen Gegenden stationiert war, in die Ereignisse eingegriffen. Der „Köln. Zeitung“ wird aus Berlin gedruckt: Das Ein- greifen des Kreuzers „Habicht“ vollzog sich unter dem Befehl des Kapitänsleutnants Gudewill sehr rasch; das militärische Kommando, das bisher durch den Bezirksamtmann Suchs in Swakopmund ausgeübt wurde, ist auf den Kapitän- leutnant Gudewill übergegangen. 60 Mann des Kreuzers sind mit einem Maschinengewehr auf der Eisenbahn, deren Benutzung durch die Regengüsse sehr erschwert war, bereits bis Karibib vorgegangen, das jetzt zu der eventuell nötig werdenden Verteidigung vorbereitet wird. In der Nähe zeigen sich nur zerstreute Banden von Aufständischen. Verschiedene Nachrichten aus dem Innern des Landes bestätigen, daß Windhuk, Mahandja und mehrere andere Stationen belagert und wie es scheint, arg bedrängt sind. Das Detachement Jülow befindet sich auf der Station. (Nach der Woißschen Meldung handelt es sich vermutlich um Mahandja, da die Kolonne Jülow auf dem Wege dahin nach einer Meldung vom 15. Januar Ostafrika passiert hat.) Durch Verorder-
nung des in Kamerun stationierten Kriegsschiffes „Wolf“ nach Swakopmund wird eine weitere Verstärkung des Landungs- detachements des „Habicht“ ermöglicht werden; die Ver- stärkung wird noch vor dem Abbruchkommando eintreffen. Die Kameruner Schutztruppe wird dagegen für die Verwendung in Südwestafrika als ungeeignet erachtet.

Kleine politische Nachrichten. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf ausgegangen, der die bis- herige Friedenspräsenzstärke des Heeres auf ein Jahr verlängert. Die Begründung ist nur sechs Zeilen lang und bezieht sich darauf, daß der Reichs- tag in der laufenden Session bereits über eine Reihe wichtiger und umfangreicher Vorlagen zu beschließen haben werde. — Die polnische Landtagsfraktion hat nun auch ihrerseits Kritik an dem Urheber des Wilecki-Prozesses geübt, indem sie ihren bisherigen zweiten Vorsitzenden, den Grafen Mieczyslaw Smilecki, den Vater des Grafen Sektar, fallen ließ. An seiner Stelle wurde Rittergutsbesitzer von Chlapowski gewählt. — Gegen die Wahl der Landtagsabgeordneten von Letow-Beestow-Charlottenburg, Felisch und Hammer, ist von sozialdemokratischer Seite Protest eingelegt worden. Er wird damit begründet, daß die ministerielle Vertretung des Wahlortes von Köpenick nach Nordorf gefehlt unzulässig gewesen sei. Unsere Parteigenossen wollen eine neue Wahl in Köpenick haben. — In Gera, Neuß i. R., ist es zwischen den Kranken und der 11 000 Mitglieder zählenden Orts- krankenkasse zu einer Einigung gekommen. Der Vertrag beruht bei genügender Honorierung auf dem Prinzip der freien Arztwahl. — Gegen den Professor Dr. Deditius von der Harmer Realschule, welcher dieser Tage von der Anklage der schändlichen Fälschung eines seiner Schüler vom Schwurgericht freige- sprochen wurde, ist nach der „Post“ das Disziplinar- verfahren eingeleitet worden. — Die Strafkammer in Posen verurteilte den Mediziner der „Praca“, Lisjowski, wegen eines Artikels „Der eiserne Kanzler“ anlässlich der Enthüllung des polnischen Bis- marck-Denkmal auf 200 Mark Geldstrafe. — Zur Steuererweigerung im Kreise Glatz wird neuerdings gemeldet: In einer unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trübscher in Breslau stattgefundenen Besprechung der Wassersteuerangelegenheit wurde zunächst beschlossen, von der Weiterein- ziehung der auf Grund des Hochwasser- abzuggesetzes ausgeübten Beiträge abzuheben. Selbst die Erhebung ermäßigter Beiträge nach dem bisherigen Verteilungsmassstab erregte Bedenken. Sollten anderweitige Berechnungsarten nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, so wird in letzter Linie wohl eine Änderung des Gesetzes ins Auge gefaßt werden müssen. — Dem schwedischen Reichstage ist am Dien- stag ein Gesetzentwurf betr. den Anschluß Schwedens an die Berner Konvention zum Schutze des literarischen Eigentums, vorgelegt worden. — Das Appellationsgericht in Besancon be- stätigte das Urteil des Gerichtshofes in Belfort vom 4. Dezember 1903, durch das der der Spionage beschuldigte Jjeneder zu einer 10 Jahre Gefängnis und 1000 Frs. Geldstrafe verur- teilt worden war. — Der Turkmeneaufstand in der persischen Provinz Astrabad nimmt nach der „Nowoje Wremje“ ernsthafte Ausdehnung an. Bestien machte 2250 Mann reguläre Truppen und 2000 Mann vom Landsturm mobil. Das Hauptbühnen- stück für ein energisches Eingreifen liegt in der Korruption der persischen Offiziere, die die für die Truppen bewilligten Gelder unterschlagen. Die Turkmene drohen, falls ihre Wünsche unerfüllt bleiben, sich unter russische Ober-
hoheit zu stellen.

Bulgarien.

Eine bulgarische Offiziersverschwörung. Serbische Blätter bringen aus Sofia die Nachricht, dort hätten sich unzufriedene Offiziere zu einer geheimen Verbindung zusammengetan und dem Fürsten eine Denkschrift überreichen lassen, in der unter Androhung der Meuterei gefordert wird, daß sämtliche Offiziere der Verbindung befördert werden sollen, einige davon gegen den in der Sobranje bewilligten Vorschlag zu Generalen. Ratto Dimitriew, das Haupt der Verbindung, müsse zum General, Chef des General- stabes und beim bevorstehenden Feldzug in Thrakien zum Oberfeldherrn ernannt werden. Alle Offiziere, die wegen Teilnahme an den makedonischen Wirren entlassen wurden, sind wieder einzustellen. Die bulgarische Regierung habe sich mit der fernsichtigen ins Einvernehmen zu setzen, um ein etwaiges gemeinsames Vorgehen gegen die Türkei vorzu- bereiten. Endlich habe die Regierung im Februar einen großen Kriegszug einzuberufen und seine Reichweitebestimmungen auszusprechen. Die Regierung soll alle Punkte erfüllen und selbst die Erfüllung des letzten Punktes, der

ihre, des Fürsten und der Stupfchina Abdankung vor den Offizieren bedeutet, im wesentlichen zugesichert haben. Die verblichenen Spuren schreien. — Noch vor einem Jahre hätte man eine derartige Meldung als leeres Geschwätz beiseite geschoben, nach den verblichenen Erfahrungen aber muß man sagen, daß in einem Balkanstaate nichts unmöglich ist, also auch dies nicht.

Ostasien.

Die ostasiatische Krise soll nach der „Kreuzzeitung“ nach wie vor so sehr das politische Interesse verschlingen, daß darüber alles andere zurücktrete. Eine derartige Behauptung war vor etwa acht Tagen am Platze; heute ist das Interesse an der ostasiatischen Krise durch andere Ereignisse wie die deutsche Liebedienerei gegen Rußland und den Herero-Aufstand erheblich in den Hintergrund gedrängt worden. Freilich kann jeden Augenblick wieder die Krise akut werden, und das würde in dem Falle geschehen, wenn Rußland die letzte Note Japans in einer Form beantwortete, die Japan zwänge, zu den Waffen zu greifen. Die Entscheidung liegt jetzt beim russischen „Zelebens“ Kaiser; vielleicht erhält man schon in den nächsten Tagen die Gewißheit darüber, ob eine friedliche Auseinandersetzung in Ostasien erfolgen oder ob die Austragung der Streitfragen den Waffen überlassen wird. Gegenwärtig scheint die englische Regierung eifrig bemüht zu sein, eine Auseinandersetzung auf friedlichem Wege herbeizuführen. Wie ein Telegramm aus London meldet, verweilte der dortige russische Botschafter, der in der letzten Zeit häufig Besuche in dem auswärtigen Amt machte, in diesem Dienstag nachmittag 3/4 Stunden. In Korea nimmt inzwischen die fremdenfeindliche Stimmung immer mehr zu. Ein aus Seoul in New York eingegangenes Telegramm meldet, Rußland beschuldige die koreanischen Soldaten, schuld an den Unruhen in Korea zu sein. Die koreanische Regierung habe auf diese Anschuldigung erwidert, Rußland könne nicht das Recht zugesprochen werden, sich in koreanische Angelegenheiten zu mischen. In dem Telegramm heißt es weiter, die einheimische Presse schlage einen heftigeren Ton gegen die Ausländer an und die Spannung in Seoul nehme zu. Ein Telegramm des amerikanischen Gesandten in Seoul berichtet sogar, daß dort eine förmliche Panik ausgebrochen sei. Die Deutschen hätten Marinemannschaften zum Schutze der deutschen Gesandtschaft gelandet. Nach einer Depesche der „Kowojew-Bremja“ beginnen die in Bladwostok wohnenden Japaner gruppenweise in die Heimat abzureisen. Vorgefesselt reiste die Familie des japanischen Konsuls ab.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 21. Januar.

Ein Protest der baugewerblichen Arbeiter Lübecks. Vom Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer wird uns geschrieben: Als im Jahre 1901 die Bahnhofsfrage greifbare Gestalt annahm, wurden sich die baugewerblichen Arbeiter Lübecks, die Maurer, Zimmerer und Banarbeiter, dahin einig, eine Eingabe an Senat und Bürgererschaft, sowie die Lübeck-Büchener Bahn zu richten, in der gebeten wurde, bei den zu vergebenden Arbeiten die hiesigen Arbeiter zu berücksichtigen. Es ging deshalb am 2. Dezember 1901 an Senat und Bürgererschaft folgendes Schreiben ab:

An den hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck richten die unterzeichneten Gewerkschaften das Ersuchen, die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn aufzufordern, bei Vergabe ihrer Bauarbeiten zum neuen Bahnhof in ihren Submissionsbedingungen die Klausel aufzunehmen, daß die Unternehmer sich nach dem am Orte (Lübeck) geltenden jeweiligen Arbeits- und Lohnbedingungen, welche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen sind, zu richten haben, sowie, daß die in Lübeck ansässigen Arbeiter bei Einstellung von Arbeitern zuerst eingestellt werden.

Unterzeichnet war dieses Gesuch von den Vertretern der 3 Gewerkschaften. Am 23. November 1901 war bereits folgendes Schreiben an die Lübeck-Büchener Bahn, zu Händen des Herrn Brecht, abgegangen:

An die verehrliche Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn richten die unterzeichneten Gewerkschaften, vertreten durch deren Vorstände, das Ersuchen, bei Vergabe ihrer Bauarbeiten zum neuen Bahnhof in ihren Submissionsbedingungen die Klausel aufzunehmen zu wollen, daß die Unternehmer sich nach dem am Orte (Lübeck) geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen, welche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe abgeschlossen sind, zu richten haben, sowie, daß die in Lübeck ansässigen Arbeiter bei Einstellung von Arbeitern zuerst eingestellt werden.

Während nun die die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaftes überhaupt nicht für nötig fand, zu antworten, lief seitens des Senats eine dahingehende Antwort ein, daß er nicht in der Lage sei, eine Anweisung an die Lübeck-Büchener Bahn in dieser Hinsicht ergehen zu lassen, vielmehr die Gesellschaft selbständig darübe.

Die Tiefbau-Arbeiten wurden sodann der Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vormals Gebr. Helfmann zu Frankfurt am Main übertragen. Der Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer begab sich nunmehr in das Bureau der Gesellschaft und überreichte dem Vertreter, Herrn Fischer (Herr Mey war nicht anwesend) den Lohnantrag mit der Anfrage, ob die Gesellschaft bereit sei, den hier am Orte bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrag für sich als gültig anzuerkennen. Der Bescheid lautete dahin, daß der betreffende Herr nicht imstande sei, hierauf Antwort zu geben. Die Gesellenausschüsse wählten wiederum am Sonntag den 6. September 1903 um 10 Uhr wieder anwesend sein. Das geschah, Herr Mey aber war wiederum nicht anwesend; jedoch erklärte Herr Fischer sich bereit, dem Gesellenausschuß schriftlich Mitteilung zukommen zu lassen. Der Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer wurde darauf von dem Zimmerer Mohr benachrichtigt, sich am 14. September, Abends 9 Uhr, in der „Flora“ einzufinden, der Vertreter der betreffenden Gesellschaft wüßte eine Unterredung. Es ließ sich jedoch kein Vertreter blicken. Hierauf beschloß der Gesellenausschuß, bei dem Vertreter der Firma mittels eingeschriebenen Brief unter Beilegung des Nachports das Ersuchen zu wiederholen. Es ging deshalb am 16. September 1903 ein Schreiben an den Herrn Mey ab, welches folgendermaßen lautete:

Unterzeichnete Vertreter des Gesellenausschusses der Maurer und Zimmerer Lübecks erinnern hiermit an das von Herrn Fischer am Sonntag den 6. September gegebene Versprechen bei Ueberreichung des Lohnantrags, der die Bedingungen enthält, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen sind. Sie fragen deshalb hiermit höflichst an, ob die Firma bereit ist, diesen Tarif

für sich als gültig anzuerkennen. Wir möchten Sie deshalb freundlichst ersuchen, uns bis zum 22. d. M. Bescheid zukommen zu lassen.

Am 21. September lief hierauf folgendes Schreiben ein:

„In höflicher Beantwortung Ihres geehrten Schreibens vom 15. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht in der Lage sind, uns mit den gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären, da wir uns betreffs der Arbeitszeit nicht binden können. Unten, Mey.“

Das war uns ja auch schon klar geworden, indem die Firma die Zimmerer mit 45 Pf. entlohnte. 2 Maurer arbeiteten 2 Tage lang am Böschungsmauerwerk und erhielten allerdings 55 Pf., sollten aber 11 Stunden arbeiten. Da sie das verweigerten, wurden sie wieder weggeschickt. — Um aber nichts unverzogen zu lassen, wurde sich der Gesellenausschuß einig, sich an die Gesellschaft selbst nach Frankfurt a. M. zu wenden. Es erging an dieselbe folgendes Schreiben:

Die unterzeichneten Gewerke der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter richten an Sie die höfliche Anfrage, ob Sie geneigt sind, beim Lübecker Bahnhofsbau den Lohn- und Zeittarif, welcher mit der Janung „Bauhütte“ sowie mit sämtlichen Arbeitgebern Lübecks, vom 1. April 1903 an gültig, abgeschlossen wurde, für sich als gültig anzuerkennen. Wir erlauben uns daher, den oben angeführten Lohn- und Zeittarif mit beizufügen.

Die Antwort hierauf war kurz und bündig, nämlich: „Auf das am 1. d. M. hier eingegangene Schreiben vom November 1903 erwidern wir hiermit, daß wir es ablehnen müssen, uns zu dem uns übersandten Lohn- und Zeittarif zu äußern.“

Wie aus vorstehendem Schriftwechsel ersichtlich, haben sich die hiesigen baugewerblichen Kreise alle Mühe gegeben, für die am Orte auszuführenden Arbeiten auch mit tätig zu sein, zumal, da sie auch als Steuerzahler ihr Scherflein mit beitragen müssen, daß der Bahnhofsbau ausgeführt wird. Nach den vorliegenden Briefen aber haben ja die hiesigen Arbeiter jedenfalls wenig Aussicht, am Bahnhofsbau beschäftigt zu werden. Als der Elbe-Trave-Kanal gebaut wurde, waren dabei doch einige hiesige Kollegen beschäftigt, wenn auch die Mehrzahl aus auswärtigen bestand; jedoch erklärte uns Herr Petersen, als Vertreter der Firma Bering damals, daß diese nicht nach Lübeck gekommen seien, um Lohnbrücker zu spielen. Die Baugesellschaft in Frankfurt a. M. erklärte aber einfach: Sie könne genügend Maurer und Zimmerer aus Nürnberg erhalten. Da nun die betreffende Firma italienische Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter-Kolonnen beschäftigt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß wir zum Frühjahr das Schauspiel erleben, daß diese Kolonnen in Lübeck einrücken, um die baugewerblichen Arbeiten am Bahnhofsbau fertig zu machen. Es heißt ja auch, daß die Hochbauarbeiten ebenfalls der betreffenden Firma übergeben worden sind; wenigstens ist dem Gesellen-Ausschuß von den hiesigen Innungsmitgliedern gesagt worden, daß keine andere Firma hierfür in Betracht käme. So können jedenfalls die hiesigen baugewerblichen Kreise das sonderbare Vergnügen haben, mit Beginn der besseren Jahreszeit die bei der Firma beschäftigten italienischen Kolonnen hier einzusehen zu sehen. Die hiesigen Arbeiter aber können sich am Zufehen ergötzen. Deshalb protestieren wir gegen ein solches Vorgehen und erwarten von der hiesigen Bevölkerung, daß sie sich diesem Protest anschließen wird. Wir protestieren im Namen der baugewerblichen Arbeiter: 1. weil den von der Firma angestellten Leuten der tarifmäßige Lohn nicht bezahlt worden ist, 2. weil die Arbeitszeit in einer solchen Art und Weise ausgenutzt wird, daß kein dort beschäftigter Arbeiter sich als Mensch fühlen kann, und 3. weil die am Bahnhofsbau beschäftigten Leute allen Unbilden der Witterung preisgegeben sind, da keine Bauhütten und Aborte vorhanden sind.

Möge dieser Protest in ganz Deutschland seinen Wiederhall finden, damit die baugewerblichen Arbeiter allerorts erfahren, wie man beim Lübecker Bahnhofsbau die einheimischen Arbeitskräfte kurzerhand der Arbeitslosigkeit überliefert, um durch die Ausbeutung der fremden Arbeiter einen größeren Profit zu erzielen.

Die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe wird von der Sozialdemokratie schon seit einer ganzen Reihe von Jahren gefordert, ohne daß man sich in unserer heutigen Gesellschaftsordnung veranlaßt gesehen hat, derselben auch nur zu einem kleinen Teile zu entsprechen. Und dennoch sollte man dieselbe schon aus humanitären Rücksichten im Interesse der Armen durchzuführen. In den Häusern der Reichen wird jedes Kind mit Freude erwartet, besonders wenn die Zahl der Erben noch nicht sehr groß ist. In fürsorglicher Weise wird für die Wöchnerin gesorgt. Lange Zeit sind Gebarme und Arzt bereit, um dem jungen Erdenbürger den Eintritt ins Leben so leicht wie möglich zu machen und der Mutter jede nur denkbare Hilfe zu leisten. Wie ganz anders sieht es dagegen bei der Geburt eines Kindes in der Wohnung des Arbeiters oder des schlecht gestellten Beamten, Handwerkers oder Geschäftsmannes aus. Mit Sorge wird der Geburtshilfe entgegen gesehen. Bis zur letzten Stunde hat die Mutter meist ihrer Beschäftigung nachgeben müssen, da der ganze Haushalt auf ihr ruht, ja, viele schwangere Frauen müssen sogar bis zum letzten Tage dem Brot-erwerb nachgehen. Und trotz aller Mühe und Arbeit herrscht meist der Mangel an Hause. Geld fehlt oft genug, um die Gebarme zu bezahlen, von guter Aufsicht und Pflege des Kindes sowohl wie der Mutter ist oft keine Rede. Nach kurzer Zeit muß die Wöchnerin wieder tätig sein. Die Folge von ungenügender Pflege ist, daß eine große Zahl von Kindern und Wöchnerinnen dahinstirben. — Dagegen wendet sich unsere Partei. Jeder neue Mensch wird der Gesellschaft Vorteil bringen, und die Mutter macht der Allgemeinheit damit ein wertvolles Geschenk. Da muß verlangt werden, daß diese Gesellschaft auch Mutter und Kind vor dem schlimmsten Ungemach schützt. Deshalb fordern wir unentgeltliche Geburtshilfe und Wochenpflege, sowie die Errichtung städtischer Entbindungsanstalten. So mancher Kindesmord würde nicht zur Ausführung gelangen, wenn die staatliche Gewalt unsere Forderung erfüllen würde. Von den bürgerlichen Spielern werden solche Forderungen gern als unerfüllbar bezeichnet. Das sind sie aber nicht, denn in den verschiedensten Kommunen sind diese Forderungen bereits erfüllt. Auch in unserem Stadtparlament sollte man sich einmal ernstlich mit dieser Frage beschäftigen. Leider aber ist hier wenig Aussicht vorhanden, solange nicht die Arbeiterschaft in demselben vertreten ist. Deshalb sollte jeder Menschfreund, der die Humanität nicht nur im Munde führt, sondern dieselbe auch in die Wirklichkeit umsetzen will, mit uns dafür eintreten, daß die Sozialdemokratie ihren Einzug auch in die Lübecker Bürgererschaft hält.

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft hält auch jetzt noch ihre Behauptung, die Eingabe des Transitarbeiterverbandes nicht erhalten zu haben, aufrecht. Dann bleibt nur die einzigste Annahme übrig, daß auch dieses Gesuch, gleich einem anderen, nicht in

die richtigen Hände gelangt ist. Wir ersuchen die Direktion, auch nach dieser Richtung hin einmal Nachforschungen anzustellen. — Ob das damalige Gesuch im Interesse der Güterbodenarbeiter oder der Fuhrleute eingereicht worden ist, bleibt sich gleich. Die Erfüllung desselben konnte sowohl den Güterbodenarbeitern, als auch den Fuhrleuten zu Nutze kommen.

Sier Petroleum, da Petroleum! Gestern Morgen brach in der Wabnitzstraße ein großer gefüllter Petroleum-Tankwagen der Mannheim-Bremer-Petroleum-Aktiengesellschaft zusammen. Die Befestigung des Verkehrs-Hindernisses währte mehrere Stunden. Die Straße selbst war an jener Stelle vom ausgelaufenen Petroleum überschwemmt.

Eine Prüfung von Maschinisten auf Seebampfschiffen findet am 15. Februar und folgende Tage im Hause der Gemeinnützigen Tätigkeit statt. Die Meldung hat unter Befestigung der erforderlichen Papiere und der Prüfungsgebühren bis zum 9. Februar beim Maschineninspektor Flügel, Fischergrube 55, zu erfolgen.

Heilbehandlung für Lungenkranke. Am 1. Dezember 1903 waren auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte zum Teil mit Zuschuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 264 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 78 Versicherte, zusammen 342 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 123 Versicherte, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 219 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 30, Bremen 50, Hamburg 139. Außerdem mußten im Laufe des Monats 60 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Uebersicht der Geschlechtsungen, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1903. Geschlechtsungen fanden statt 47. Geboren sind 196 Kinder, davon 103 männlichen, 93 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 5 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 45 Personen männlichen, 59 weiblichen Geschlechts, im Summe 104. Demnach Ueberschuß an Geburten 58 resp. 34, insgesamt 92. Auf 1000 Einwohner waren 26,27 Geburten, 13,94 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 29, von 1—5 Jahren 8, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 0, bis zu 20: 5, bis 30: 5, bis zu 40: 7, bis zu 50: 6, bis zu 60: 12, bis zu 70: 18, bis zu 80: 7 bis zu 90: 5, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphtherie in 0, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 8, Lungentzündung in 6, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 8, Magen- und Darmkatarrh, Brechruhrfall und Atrophie der Kinder in 9, Folgen des Wochenberichts in 2, Krebs in 8, angeborene Lebensschwäche in 5, Altersschwäche in 6, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 7, Krämpfe in 3, Nierenleiden in 3, Wasserhust in 0, Schlagfluß in 5, Typhus in 1, Masern in 0, Scharlach in 0, Milzbrand in 0, übrige benannte Krankheiten in 22, und unbekannt in 6 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 45, Vorstadt St. Jürgen 13, St. Lorenz 23, St. Gertrud 10, die Krankenanstalten 8.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 11. März das Altendornstraße 6 belegene Grundstück des Bauunternehmers S. A. G. Heiden.

Den Offenbarungseid leisteten im verfloffenen Monat 11 Personen, darunter 4 Frauen.

Handelsregister. Am 18. Januar 1904 ist bei der offenen Handelsgesellschaft A. Behn u. Sohn in Lübeck eingetragen: Der Kaufmann G. A. Behn ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Es sind 3 Kommanditisten in die Gesellschaft eingetreten. Die Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft und hat am 5. Januar 1904 begonnen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Schönberg. Neue Schwierigkeiten. Da wegen der Erwerbung des erforderlichen Grund und Bodens wieder Schwierigkeiten entstanden sind, hapert es mit der Daffower Bahn immer noch. Schönberg hat für die Bahn 6000 Mk. unter der Bedingung bewilligt, daß die Bahn bis zum 31. Dezember d. J. in Betrieb sein müsse. Hieran ist natürlich unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken.

Ans der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen war in Hamburg ein Zimmermann vom Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Er sollte den Arbeitswilligen durch „Katteler“, „Lausehund“ usw. beleidigt und mit einer Kaffeeladung bedroht haben. Auf eingelegte Berufung erkannte die Strafkammer auf 2 Wochen Gefängnis. — Die kunstgewerbliche Werkstatt von G. Hulbe, sowie die Geschäftsbücherfabriken von Klette, Lübeckertor, und Erden, Deichstraße, sämtlich in Hamburg, sind für Buchbinder gesperrt. — Infolge Minderregelung zweier Kollegen stellten die Tabakarbeiter der Firma Pücker in Altona die Arbeit ein. — Die Schneiderauspeerrung in Banti-Wilhelms-Haven dauert bereits über ein halbes Jahr und noch ist kein Ende abzusehen. Es handelt sich hierbei um einen von langer Hand vorbereiteten Schlag. Betroffen sind von derselben 59 Schneider.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Zur Brandstiftung auf der Hamburger Biermaiskamp „Barmbeck“, worüber wir gestern berichteten, wird jetzt mitgeteilt, daß der Neger, welcher die Segelboje in Brand setzte, nicht über Bord gesprungen und ertrunken ist. Als man ihn beim Anlegen des Feuers erappte und die Verfolgung aufnahm, konnte man den schwarzen Besessenen auf dem Schiffe nicht finden, obgleich man alles durchsuchte. Schließlich nahm man als ganz bestimmt an, der Schwarze sei über Bord gesprungen und ertrunken. Durch einen Zufall kam ein Mann der Besatzung zu einem leeren Fleischtank und fand hierin den Neger sitzen. Den Deckel hatte er über sich zugelappt. Er wurde ergriffen und in Curhaven aus Land gebracht, wo er sofort verhaftet wurde. — Im Köhlbrand bei Hamburg ist am Dienstag Vormittag ein Ruderboot durch den von einem Seebampfer verursachten Wellenschlag zum Kentern gebracht worden. Ein Schleppdampfer fuhr sofort nach der Unglücksstätte auf, um die im Boot befindlichen Menschen zu retten; das selbe war jedoch schon in den Wellen verschwunden. — In Gresse bei Boizenburg ist das Maschinenhaus der Freiherrn v. Ohlendorff gebürtigen Spiritusbrennerei ein Raub der Flammen geworden. Auch das Kohlenlager ist verbrannt, während der angrenzende Lagerraum für Spiritus und die Molkerei gerettet werden konnten. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt; der Schaden wird durch Versicherung gedeckt.

Hamburg. Die Vorortbahnprojekte kamen gestern in der Bürgererschaft zur Verhandlung. Nach lebhaften Debatten trat Beratung auf kommenden Montag ein. — Die Frage der prekäseleichen Verantwortunglichkeit spielte eine Rolle in einer Verhandlung vor dem Hamburger Schöffengericht. Genosse Stenzel, der verantwortliche Redakteur des „Ham-

Die russische Spitzelwirtschaft vor dem Reichstage.

Der Reichstag genehmigte zu Beginn der Sitzung am Dienstag den Nachtragsetat für Südwest-Afrika. Namens unserer Fraktion erklärte Genosse **Webel**, daß bei der völligen Unkenntnis der Gründe, die die Hereros zum Aufstand veranlaßt haben, und unter Wahrung unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die ganze deutsche Kolonialwirtschaft, beschlossen worden sei, sich der Abstimmung zu enthalten. Danach verließ Graf **Bilow** den Saal. Und doch wäre es ihm ganz nützlich gewesen, die Rede anzuhören, mit der Genosse **Haase** Königsberg ihn wegen der russischen Spitzelwirtschaft in Deutschland antrage. Es sind empfindbare, beschämende Zustände, die Genosse **Haase** in wirkungsvoller Rede darstellte. Die russischen Arbeiter und Intellektuellen die nach Deutschland kommen, werden von russischen Spitzeln, von denen sich ein wohlorganisiertes Heer, vor allem in Berlin und Charlottenburg, aber auch in den Hauptstädten anderer Bundesstaaten aufhält, auf Schritt und Tritt überwacht. Von den Hauswirten, den Briefträgern, auf jede nur mögliche Weise versucht man irgend etwas Verdächtiges über sie zu ermitteln. Gelingt das, so denunziert man sie der preussischen Regierung, die sie dann prompt nach der russischen Grenze hin ausweist. Findet sich aber gar nichts Verdächtiges, so schreut man auch vor Gewalttaten nicht zurück, wie der in der Parteipresse ausführlich beschriebene Fall des Arztes **Dr. v. Westphal** in Hermsdorf beweist. Aber auch die deutschen Staatsangehörigen, die mit den Russen in irgend welcher Verbindung stehen, sind Verfolgungen ausgesetzt. Russische Spitzeln schrecken nicht davor zurück, deutsche Staatsangehörige zu Verbrechen zu provozieren, wie der Fall des Genossen **Nowagrosky** in Königsberg beweist, oder Verbrechen gegen sie zu verüben, wie die Fälschung der Unterschrift des Genossen **Herbert** beweist.

Staatssekretär **Freiherr v. Rittthofen**, der beim Anhören dieses Sündenregisters einen hochroten Kopf bekommen hatte und nun mit unsicherer Stimme zugleich überhäpelt und stotternd antwortete, ging auf die durch Namen und Datum bekräftigten Einzelfälle nicht ein, sondern sang ohne rechten Zusammenhang mit dem verhandelten Gegenstande ein Loblied auf die heilige Allianz der Regierungen gegen den — Anarchismus. Den Beweis dafür, daß die in Deutschland lebenden Russen Anarchisten seien oder auch nur einen einseitigen Nihilismus unter sich hätten, der die Propaganda der Tat trieb, den blies er freilich völlig schuldig. Zum Schluß sprach er mit einem Artikel der „Berliner Zeitung“ die in der Tat allgemein geteilte Erwartung aus, daß die bürgerliche Mehrheit des Parlaments das Vorgehen der Regierung billigen werde.

Aber es kam anders. Noch einmal warf **Webel** bald nach dem Staatssekretär ein blendendes Licht in das Dunkel deutscher Kulturfeindschaft. Dann war der Sieg errungen. Mit Ausnahme der Konservativen, für die Herr **v. Norman** eine höchst komische Erklärung in einem zweimal wiederholten Satz abgab, stellten sich alle bürgerlichen Redner auf unsere Seite. Mit geringer Entschlossenheit **Dr. Sattler** von den Nationalliberalen, aber ohne viele Umschweife und Vorbehalte der **Abg. Spahn** für das Zentrum, **Schröder** und **Müller-Sagan** für die beiden freikämpfigen Gruppen.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die Regierung aus dieser eklatanten parlamentarischen Niederlage die Einsicht schöpft, daß ihre Behandlung unserer Gastfreunde von der gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes für verkehrt gehalten wird, und eine Aenderung bringend notwendig ist.

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

33. Fortsetzung.

„Aber das finden Sie auch nicht bei uns!“ rief Schaller rasch. „Ich halte wenigstens darauf, daß sich in meinem Bereich Niemand Zwang antut und Jeder etwas findet, das für ihn paßt. Sie sollen einmal sehen, lieber **Solberg**, Sie werden sich bei uns schon heimisch fühlen, und während wir uns geben wie wir sind, wünschen wir das auch von unsren Gästen. Nur auf Eins“, setzte er hinzu und warf den Blick etwas vorsichtig umher — „auf Eins möchte ich Sie aufmerksam machen und Ihre Rücksicht erbitten.“

„Keine Rücksicht, lieber **Baron**?“
„Keine arme Frau“, sagte Schaller leise, indem er seinen langen Körper etwas niederbog.
„Ihre Frau Gemahlin?“ sagte Hans und sah erstaunt zu ihm auf.

Schaller antwortete aber nicht gleich, wenigstens nicht mit Worten, sondern machte nur eine ziemlich bezeichnende Bewegung, indem er mit dem dritten Finger der rechten Hand seine Stirn leise tupfte.

„Ich verstehe Sie nicht.“
„Lieber Freund“, sagte Schaller vertraulich, „wir sind hier unter uns, und nur ganz unter uns — Sie verstehen mich schon — möchte ich Ihnen andeuten, daß sie — daß sie ein wenig überspannt ist und manchmal — na, ich habe kein anderes Wort dafür — ein bißchen verrückte Einfälle hat — aber ganz harmlos, bester Freund, ganz harmlos. Es hat gar nichts zu sagen, nur ein wenig Rücksicht muß man mit ihr haben und ihre Worte nicht immer zu genau auf die Waagschale legen; sonst ist sie herzensgut, wie gesagt, nur ein wenig konfus — ein paar Schrauben losgegangen, verstehen Sie mich. Aber entschuldigen Sie“, unterbrach er sich in dem Augenblick, als er sah, daß die Bohndiener anstehenden Stühle zurecht zu setzen, „ich glaube, unser Hofrat hat eine kleine Überraschung im petto — ein samofer **M** — ja, nur manchmal ein bißchen langweilig; aber das sind alle

Ueber „Eindrücke von einer Studienreise in Heimarbeitbezirken“

sprach dieser Tage **Dr. Robert Wilbrandt** im Berliner Frauen-Verein. Der Vortragende hat, wie er eingangs mitteilte, die Heimarbeitgebiete im Erzgebirge, Frankenwald, in Thüringen, in der Oberlausitz und in Schlesien besucht und in der Hauptsache die Lage der Textilarbeiter, die Tabakarbeiter und die Konfektionsarbeiter studiert. Er hat für die Ursachen der Heimarbeit den Satz bestätigt gefunden, daß in der Großstadt die teuren Bodenpreise und die hohen Mieten, im Gebirge das Fehlen von Bahnverbindungen und Kohlen die Heimarbeit begünstigen. Das letzte hat er namentlich in Schlesien bei Reinerz in der Grafschaft Glatz gefunden, wo ein gegenwärtig vorgenommener Bahnbau bereits auf die Abnahme der Heimarbeit gewirkt hat. Der Redner vertritt die Ansicht, daß die Hausweberei überall in der Abnahme begriffen sei und die darin tätigen Personen immer mehr zur Fabrikarbeit übergingen. Die günstigen Verhältnisse habe er hier unter den Mitgliedern des Thüringer Weber-Vereins gefunden. Der Jahresverdienst betrage durchschnittlich hier 500 Mark und stelle den einzelnen nicht ungünstig, da Gelegenheit vorhanden sei, ein wenig Landwirtschaft zu betreiben, und der Verdienst durch eine Art Lantime, die 1903 noch 20 Prozent betrug, erhöht wurde. Dabei müsse der Weber von 6 Uhr früh bis 11 Uhr abends tätig sein, und die Frau müsse das Spulen besorgen. Im Frankenwald verdiene ein kräftiger Mann mit solcher Unterstützung durch die Frau oder die Kinder 20 bis 24 Mark in der Woche. Ein junger Mann brachte es ohne Hilfe wöchentlich auf 18 bis 20 Mark, wenn er viermal in der Woche bis 2 Uhr nachts arbeitete. In Schlesien sei der Verdienst noch geringer. Der Durchschnittsverdienst für die Familie sei 4 bis 6 Mark, jedoch 3 bis 2 Mark auf den Kopf entfielen. Dabei sei das Aussehen der Arbeiterinnen, dank der guten Luft, gesünder, als das der in Fabriken beschäftigten Frauen. Die Männer seien allerdings entnervt und für körperliche Arbeit, wie beim Bahnbau, nicht mehr zu verwenden. Falsch sei es, wenn alljährlich Nachrichten von der großen Arbeitslosigkeit unter den schlesischen Webern durch die Presse gingen. Er habe festgestellt, daß dies meist Manöver der Fabrikanten seien, um desto leichter Staatsaufträge zu erhalten. Im Erzgebirge habe sich herausgestellt, daß die Hausarbeit bevorzugt würde, weil dort die Familien mit den Kindern zusammenarbeiten könnten. In Glatz sei die Hausarbeit vielfach durch die rentablere Maschinenstickerei ersetzt worden, die 20, 30, auch 40 Mk. in der Woche einbringe. Bilsch hat der Vortragende auch beobachtet, daß Fabriken anderer Art, so in Girsberg eine Lederfabrik, die Männer von der Heimarbeit abzögen.

Die Tabakindustrie hat der Redner besonders in Scheibenberg studiert. Die Zigarrenfabrikation sei infolge der gesetzlichen Bestimmungen über Luftstrom usw. in die Heimarbeit übergegangen. Der Vortragende bezeichnete die Luftverhältnisse in solchem Arbeitsraum, in dem auch der Tabak getrocknet wird, als „schrecklich“ und teilte mit, daß die Arbeiter den sehnlichsten Wunsch hegten, wieder in den Fabriken zu arbeiten. Der Staub beim Wälzen sei sehr gesundheitsschädlich. Es müßte daher das Trocknen und Wälzen in der Wohnung verboten werden. Nur bei den Zigarettenarbeiterinnen schienen die Luftverhältnisse besser zu sein.

In der Konfektion endlich hat der Vortragende beobachtet, daß die wirtschaftliche Lage sich durch den mechanischen Antrieb gebessert habe, er glaubt jedoch, daß dessen allgemeine Durchführung Ueberproduktion und sinkende Löhne zur Folge haben würde. Man müßte hier namentlich durch Schaffung von Lorisen einen Damm vorschreiben und auch

geistreichen Männer, wenigstens für uns arme Sterbliche, die wir solchem Gedankenflug nicht immer zu folgen vermögen. Wenn es die Not verlangt, gehen wir nachher durch unsere Notröhre ab.“

„Ich glaube, es sollte getanzt werden?“
„Ja, nachher. Meine liebe Frau schwärmt aber für das Westheische und hat da immer einige Überraschungen — ich bin gleich wieder bei Ihnen.“

Hans beobachtete jetzt den Hofrat, der mit einem ganz eigentümlichen Eifer zu Werke ging. Seinen hohen, schon etwas schäbigen Zylinderhut trug er noch immer, vielleicht als Pierrat, in der Hand; das verhinderte ihn aber nicht, einen kleinen Tisch selber in die Mitte der Stube zu schleppen und sich dann, immer mit dem Hute fest zwischen den Füßern, ein paar Lichter eigenhändig herbei zu holen. Dabei flüßerte er einem der Bohndiener etwas zu, der denn auch bald nachher mit einem großen Glase zurückkehrte und es dann auf ein Zeichen des Hofrats zwischen die beiden Lichter setzte.

Die Gäste schienen schon zu wissen, was ihnen bevorstand, welcher Genuß nämlich — und die älteren Damen rangierten sich mit einem kultvollen Lächeln auf die nächsten Stühle; nur die jungen Damen trippelten ein wenig ungeduldig mit den kleinen Füßen. Sie hielten sich auf etwas ganz Anderes gefreut und im Stillen geheßt, daß gleich mit Tanzen angefangen würde. Einige von ihnen wußten dabei aus schwer erkaufter Erfahrung, daß Hofrat **Märzen**, wenn er einmal das Wort hatte, auch nicht so rasch wieder vom Schanzplatz abtrat, und wie viel kostbare Zeit vergeudeteten sie dabei!

Hofrat **Märzen** indessen, sich in diesem Augenblick seiner bevorzugten Stellung vollkommen bewußt, versuchte, ein sehr dickleibiges Buch aus der hinteren Tasche seines Fracks heraus zu ziehen; aber es war mit einer Hand nicht möglich, der Hut genierte ihn, und er stellte das unglückselige Filzband endlich in reiner Verzweiflung unter seinen Stuhl. Er durfte die Zuhörer nicht so lange in Spannung halten.

Hans amüsierte sich vortrefflich bei diesen Vorbereitungen und war selber neugierig geworden, was der komische

dem Zwischenmeistersystem ein Ende machen. Für eine Herrenhose erhielt einschließlich der Knöpfe und Zutaten in Breslau eine Frau 40 Pf., die sie von ihrer Näherin für 30 Pf. anfertigen ließ.

Der Redner kam zu dem Schluß, daß ein Eingreifen der Regierung unbedingt notwendig sei, und zwar für jede Art der Heimarbeit gebündelt. Er schlug z. B. für die Hausweber, die in der Abnahme sind, vor, ihnen Staatsarbeit zu überweisen, wobei die Militärarbeit ausreichen würde, und keinen neuen Weber zuzulassen. Das jetzige System der Submission schädige die Arbeiter nur. Auch der Arbeiterzuschuß müsse auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Hier würden aber allgemeine Bestimmungen mehr schaden als nützen. Ein großes Gebiet für die Frauenarbeit liege in der Besetzung der Organisationsverhältnisse unter den Heimarbeitern.

In der Debatte wurde auf den Wunsch hin, die Heimarbeitern möchten sich mehr dem Dienstbotenstande widmen, auf die schlechten Verhältnisse in diesem Beruf hingewiesen. Ferner wurde betont, daß die größere Mehrzahl der Heimarbeiterinnen Berlins Mütter, Witwen und Eheverlassene seien. Die Ausführungen des Redners fanden allseitige Zustimmung.

Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Lohnbewegung der **Swider** von der Firma **Heinrich Zehl u. Co.** in **Leisnig** ist durch Vergleich beendet.

Aus Mafwerkstätten. Die Eisenbahn-Direktion **Köln** erließ im vergangenen Sommer eine Verfügung, in der nach dem „Wort“ der Eisenbahner folgendes Musterbeispiel von fiskalischer Sozialpolitik enthalten war: „Trotz wiederholter Aufforderung ist der Verdienst der Arbeiter derselbe geblieben und vereinigt noch gestiegen. Wir verordnen hiermit noch einmal, den Verdienst den Verhältnissen entsprechend zu reduzieren und werden bei der nächsten Rechnungsrevision in Betracht ziehen, inwieweit davon Gebrauch gemacht ist.“ — Danach sind dann den Rangierern, die bei zwölfstündiger Arbeitszeit 3,20 Mark verdienen, Abzüge von 10 und 20 Pfennigen gemacht worden.

Auf Grund von § 153 der Gewerbeordnung wurden in **Magdeburg** der Vertrauensmann der Bauarbeiter **Uhe** und der Bauarbeiter **Lorenz** zu 1 Monat bzw. 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Besonders bedauerlich ist hierbei noch, daß der Prozeß selbst eine direkte Folge der Wichtigkeiten zwischen Zentralverband und „Freie Vereinigung“ ist. Mitglieder der Freien Vereinigung haben es fertig gebracht, die beiden jetzt verurteilten Kollegen dem Staatsanwalt zu überliefern! Die Arbeiterchaft wird darüber, ebenso wie über das Urteil, ihr Verdict zu fällen wissen!

Eine sozialistische Gemeinde. Aus **Magdeburg** im ungarischen Komitat **Arad** wird gemeldet: Die ganze Gemeindevertretung besteht nunmehr aus Sozialdemokraten, da bei den letzten Wahlen vom Richter angefangen bis zum Nachwächter durchweg sozialdemokratisch gewählt wurde. Das Wahlergebnis hat im ganzen Komitat Sensation erregt und der **Wizegespán** hat auch in der jüngsten Komitatskongregation auf dieses Symptom der immer mehr um sich greifenden Sozialdemokratie hingewiesen.

Als Armutsgenguis für die organisierten Arbeiter **Englands** bezeichnet der **Londoner Korrespondent** des „Vorwärts“ den Ausgang der **Parlamentswahl** in **Norwich**, über deren zahlenmäßiges Resultat wir schon berichtet haben. Der Sieg der Liberalen bedeutete zwar den Verlust eines Mandats für die Regierung, damit sei aber seine Bedeutung noch nicht erschöpft. Es kandidierte

keine Herr wohl zum Besten geben würde, als er plötzlich die Dame des Hauses direkt auf sich zukommen sah.

„Aber, mein lieber Herr von **Solberg**“, sagte sie, indem sie ihren Fächer fohelt gegen die rechte Wange hielt, „warum stehen sie hier so einsam und verlassen? Warum mischen Sie sich nicht unter das junge Volk und entziehen ihm so Ihre schätzbare Gegenwart?“

„Gnädige Frau“, sagte Hans etwas verlegen, denn er dachte in dem Augenblick an das, was ihm Herr **v. Schaller** vor wenigen Minuten gesagt hatte.

„Wirklich, lieber **Baron**“, sagte die gnädige Frau vertraulich, „Sie dürfen sich hier bei uns nicht so isoliert halten und als Fremder fühlen. Sie sind uns auch gar nicht mehr fremd. Sie glauben nicht, wie viel wir schon von Ihnen gesprochen haben. Aber hoffentlich lernen Sie uns in der nächsten Zeit besser kennen; betrachten Sie unser Haus wie das Ihrige, und auch mit meinem Manne werden Sie sich befreunden. Nur ein bißchen Rücksicht müssen Sie mit ihm haben, darum bitte ich Sie.“

„Rücksicht, gnädige Frau, wie so?“
„Ach“, sagte Frau von **Schaller** und warf den Blick etwas über ihre bloße Schulter, „er ist ja seelensgut und hat auch manche geselligen Talente, aber —“

„Aber?“
„Aber“, sagte Frau von **Schaller** leise, indem sie sich ein wenig zu dem jungen Manne hinüber neigte und den Fächer rechts an ihren Mund hielt, „er hat oft so sonderbare — ich habe eigentlich keinen Ausdruck dafür — Scherzchen, möchte ich sagen, um das mildeste Wort zu gebrauchen. Wssen Sie, hier — und sie deutete mit dem Fächer nach ihrer Stirn, genau so, wie es vorher ihr Gatte mit dem Finger getan hatte, als er von ihr sprach —, fehlt es ihm manchmal. Es hat mir auch schon ernstliche Besorgnis gemacht“, setzte sie hinzu, „wenn ich daran dachte, daß es mehr um sich greifen könnte. Bis jetzt ist er aber vollkommen harmlos, und kleine Schwachheiten muß man ihm eben nachsehen.“

„Aber, gnädige Frau“, lächelte Hans, dem diese gegenseitige Empfehlung der Gatten doch ein wenig komisch vor-

der Genosse Roberts für die organisierten Arbeiter, die die Mehrheit der Wähler bilden. Roberts hat sich seine Sporen in der Bekämpfung verschiedener Sozialämter erworben. Er ist ein tüchtiger Gewerkschafter, überzeugter Sozialist und Schriftsteller. Alle proletarischen Richtungen haben seine Kandidatur unterstützt. Dennoch ist die Stimmenzahl, die er auf sich vereinte, eine bescheiden geringe. Tillet (R) erhielt 8567 Stimmen, Wild (son) 5756, Roberts 2444. Dieses Stimmenverhältnis ist ein Armutszeugnis für den Geist der organisierten Arbeiter Englands. Keiner von den englischen Sozialisten hat auf einen Sieg Roberts gerechnet, aber auf eine derartige Niederlage hat auch keiner gerechnet. Die Folgen für eine unabhängige Arbeitervertretung werden geradezu verhängnisvoll sein. Aus den Wahlen der letzten zwölf Monate läßt sich leicht der Schluß ziehen, daß Arbeiterkandidaten nur dann auf Erfolg rechnen dürfen, wenn sie als „Liberal Labour“, als liberale Arbeiter auftreten, d. h. wenn sie zur Bourgeoisie halten. Diese Erwägung ist es, die der Wahl in Norwich ihre unglückliche Bedeutung gibt. Sie zeigt die ersten Früchte der Geistesverwirrung, die die Politikontroversen erzeugt hat. In der Siegesfanfare der „Daily News“ ist dieser Ton deutlich hörbar. Das führende liberale Organ sagt: „Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter und die radikale (freisinnige) Partei einander brauchen und wir hoffen, daß diese wichtige Erwägung angesichts des überwältigenden Sieges, den Mr. Tillet errungen hat, nicht verschwinden wird.“ Die erste Nummer des „Liberal Labour Journal“, einer Monatschrift der Liberalen Arbeiter-Liga, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Frieden zu stiften zwischen den Gewerkschaften und der liberalen Partei, ist erschienen. Ihr Präsident ist Folhoate, ein alter Dmrist und Genossenschaftler. Seiner Ansicht nach ist es die Hauptaufgabe der Arbeiter, die liberale Partei zu stützen. Das neue Blatt bespricht auch die Neuwahl in Norwich. Es erklärt: „Mr. Roberts ist ein tüchtiger Redner, ein aufrichtiger Mann und wurde von vielen ernsthaften Arbeiterpolitikern aufgestellt. Aber wir können ihn als Arbeiterkandidaten nicht akzeptieren, da er sich für den Sozialismus erklärt.“ Also, besser ein liberaler Kapitalist als ein sozialistischer Arbeiter. Das kennzeichnet den Geist, von dem noch weite Kreise der englischen Gewerkschaften befeuert sind.

Ein Kongreß sozialistischer Gemeindevertreter Frankreichs hat dieser Tage in Paris stattgefunden. Er war von 75 sozialistischen Bürgermeistern und Gemeindevertretern, die insgesamt 615 Gemeinden vertraten, besucht. Zur Wohnungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in der die sozialistischen Vertreter aufgefordert werden, die Wohnungsfrage, namentlich unter Berücksichtigung billiger Arbeiterwohnungen, zu studieren. Sodann heißt es weiter: Ohne dem Bestreben der Gemeinden, die private Initiative zu begünstigen, entgegenzutreten, soll doch dahin gewirkt werden, daß die Gemeinden selbst die Initiative ergreifen und einen Teil oder ihren ganzen Grundbesitz dazu verwenden, Wohnungen zu bauen. Die sozialistischen Vertreter im Parlament haben dafür eingetreten, daß die Gesetzgebung, welche der Initiative der Gemeinde entgegensteht, beseitigt werden. — Sodann erstattete die Kommission, welche über die Art und den Umfang der kommunalen Unterstützungsgesetzgebung beraten hatte, ihren Bericht. Der Berichterstatter unterbreitete eine Anzahl Theesen, welche die Hauptaufgaben der Gemeinden regeln: Unterstützung der Kinder im Säuglingsalter; Unterstützung der Kinder vom 3. bis 13. Jahre (Schulkindern); Alters- und Invalidenunterstützung für Arbeiter, zeitweilige Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit; Organisation der ärztlichen Hilfeleistung im Hause und freie Behandlung in den Krankenhäusern sowie freie Abgabe von Medikamenten. Ferner wird verlangt die sofortige Bewilligung sämtlicher Krankenhäuser. — Eine lange Diskussion entspann sich über die Frage der öffentlichen Dienen und Unternehmungen der Kommune (Wasser, Abwasser, Transport). Hier fanden sich zwei Auffassungen diametral gegenüber. Charney unterbreitete eine Resolution, in welcher die Meinung zum Ausdruck gelangte, daß die Kommune alle unter ihrer Kontrolle hergestellten Produkte, wie Gas, Elektrizität u. s. w., den Konsumenten zum Selbstkostenpreise abgeben habe. Paul Broussé und andere traten dieser Auffassung entgegen; bei diesem System würden nur die Reichen den Vorteil, die Armen den Nachteil haben. Die meisten würden zu billigen Beleuchtungs- und Verkehrsarbeiten gelangen und die Stadt müßte sodann auf anderen

Wege zu den notwendigen Geldern kommen, die zur Erhaltung des Gemeinwesens notwendig sind. Dadurch würden die Armen in höherem Maße belastet. Der Kongreß stimmte schließlich der Auffassung des Genossen Broussé zu. — Auf Grund der angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wurde ein Programm ausgearbeitet und vom Kongreß angenommen, in welchem nach einer prinzipiellen sozialistischen Erklärung die Minimalforderungen aufgestellt sind, welche die sozialistischen Gemeindevertreter in den Kommunal- und Gemeindeverwaltungen zu vertreten haben. Verlangt wird unter anderem die vollständige Beseitigung des städtischen Gefalles, an dessen Stelle Steuern zu treten haben, welche die Arbeiter in keiner Weise belasten. Die Verhandlungen des Kongresses sollen in einer Broschüre vereinigt und den Kandidaten bei den nächsten Kommunalwahlen zur Verfügung gestellt werden. Ein Antrag auf Gründung eines Verbandes der sozialistischen Municipalitäten wurde angenommen und eine Kommission zur Vorbereitung desselben gewählt. Der nächste Kongreß soll im Jahre 1905 abgehalten werden.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Genossin Rosa Luxemburg wurde, wie bereits kurz erwähnt, von der Strafkammer des Landgerichts in Bismarck wegen Beleidigung Wilhelm II. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll in einer Kritik der Breslauer Rede begangen worden sein. Rosa Luxemburg sprach am 7. Juni v. J. in Müllers St. Micheln über die Tätigkeit des vorigen Reichstages. Dabei kritisierte sie im Anschluß an eine Besprechung des Politariffs die Ansprache, die Wilhelm II. an die Breslauer Arbeiterdeputation gehalten hatte, und meinte, daß Wilhelm II. wohl nicht an die Annahme des Politariffs durch den Reichstag gedacht habe, sonst hätte er nicht von der hohen Entwicklung der Sozialgesetzgebung und der Fürsorge für die arbeitenden Klassen sprechen können. Die Angeklagte führte aus, eine Beleidigung habe nicht in den Worten gelegen und sei auch anderwärts nicht gefunden worden, denn sie habe nach diesem Konzept in Sachsen in 13, im ganzen aber in 27 Versammlungen gesprochen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Angeklagte dem Kaiser jede Kenntnis der Lage der Arbeiter und die Fügigkeit, hierüber zu urteilen, abgesprochen habe, was ehrenkränkend für den Kaiser sei. Die Absicht einer Beleidigung brauche nicht nachgewiesen zu werden. Auf Gefängnisstrafe ist erkannt worden, weil die Angeklagte bereits einmal mit Säge und Schreie 5 Mk. wegen Beleidigung verurteilt ist.

Fort mit dem § 175! Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin hatten sich der Graf Paul v. Tschikewicz und sein Freund und Diener, der ehemalige Schlichter Gustav Krone, wegen der gemeinsamen Expreßkoffer zu verantworten. Graf T. hatte in der Rommelsstraße zu Charlottenburg eine fein eingerichtete Junggesellenwohnung. Sein hoch klingender Name, seine schöne Erscheinung und gewandte Umgangsformen verschafften ihm Eintritt in die höchsten Gesellschaftskreise. Bei ihm wohnte Krone, der ihm Aufwärter, Boten- und Liebedienste leistete. Wenn er nun in der Gesellschaft einen Herrn kennen gelernt hatte, so schickte ihm der Graf nach einigen Tagen unter irgend einem Vorwand seinen Diener zu. Krone tat dann bei der Rückkehr im Einverständnis mit dem Grafen so, als ob der Herr sich gegen ihn (den Diener) fittlich vergangen habe. Darauf schrieb ihm T. einen Brief mit dem Hinweis auf § 175 des Reichs-Strafgesetzbuchs und der Drohung, daß er seine Verfehlung mit Angabe seines Namens veröffentlichen und ihn so in der Gesellschaft unmöglich machen werde, wenn er ihm nicht eine bestimmte Summe zahle. Kriminalkommissar von Treckow gelang es, mehrere derartige Fälle so aufzuklären, daß die Expreßer überführt werden konnten. Beide wurden darauf festgenommen und saßen geraume Zeit in Untersuchungshaft. Da Zweifel aufkamen, ob T. auch wirklich Graf sei, so beauftragte sich das Landgericht 2 mit ihm und stellte fest, daß er seinen Titel mit Recht führt. Während er Belgien sein Heimatland nannte, wurde nachgewiesen, daß er aus Polen stammt. Wiederholt wurde er im Ausland auch als Hochappler bestraft. Das Landgericht 2 gab ihm zwei Jahre Gefängnis, gewiß nicht zu viel, wenn man bedenkt, daß sich seiner Expreßer wegen schon ein hochgeachteter Beamter, der Konsul v. Schenk, Bruder des Wiesbadener Polizeipräsidenten, erschossen hat. Sein Freund Krone kam mit anderthalb Jahren davon. — Wie oft haben wir gelacht: der § 175 ist nur dazu da, gemeinen Schuftes vor Expreßer ein angenehmes Dasein zu verschaffen. Uns aber laubt man's nicht.

58 200 Mark Ersatz. Die „Schlawer Btg.“ meldet, daß die von dem früheren Geschäftsführer des Schlawer Landwirtschaftlichen An- und Verkaufvereins unterschlagenen Gelder mit Einschluß der in Betracht kommenden sonstigen Ausfälle an Finsensbeträgen sich auf 58 200 Mark belaufen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstandes haben Montag in einer Sitzung die Deckung dieser Summe persönlich übernommen, so daß die Mitglieder des Vereins bzw. der Verein als solcher keinerlei Schädigung erleiden.

Der freigesprochene Totschläger. In dem schlesischen Städtchen Festsberg hatte der Ziegelmesser Zimmermann auf dem Felde mit seinem Untergebenen, dem Ziegelarbeiter Regner Streit bekommen und den R. mit einer abgebrochenen Sense dermaßen geschlagen, daß R. sich bald darauf krank melden mußte. Anstatt dem Manne einen Krankenschein auszustellen, warf der rohe Vorgesetzte den Arbeiter zum Hause hinaus und verurteilte ihn demselben Schläge mit einem Stock, daß der Arbeiter am nächsten Tage daran starb. Ist hatte sich der Ziegelmesser wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Er wurde aber vom Obergericht freigesprochen, weil er nur der einfachen Körperverletzung durch die Geschworenen schuldig befunden sei, wegen dieses Deliktes aber von dem Getöteten kein — Straf Antrag gestellt war! Nur dieses formalen Mangels halber kann ein Totschläger frei ausgehen. Das Verfahren wurde eingestellt!

Neumütige Pfarrrherren. Die Tölpelhaftigkeit in Lauf bei Nürnberg dauert noch immer fort. Auch dort traten als Helfer in der Not dem Unternehmer die beiden Ortspfarren nebst noch einem Geistlichen aus Schwabach zur Seite; sie suchten einen Verein der Arbeitwilligen zu gründen, wobei sie aber den Unwillen der gesamten Einwohnererschaft entsetzten. Eine Anzahl Arbeiter lehrte der Kirche, die sich so offensichtlich als Beschützerin der Reichen dokumentiert, den Rücken. In einer Volksversammlung, zu der die beiden Geistlichen eingeladen waren, wurde das Vorgehen der Herren Pfarrer auf das schärfste verurteilt, worauf diese in der Diskussion zugaben, daß ihr Vorgehen allerdings geeignet gewesen sei, die Meinung zu erweichen, sie, die Pfänder der christlichen Lehre, handelten dieser entgegen und unterschätzten, anstatt sich der Armen und Unterdrückten anzunehmen, die Reichen und Mächtigen der Welt. Sie hätten aber nichts Böses gewollt. Ihre Ansicht habe sich jetzt geändert und sie gingen nicht mehr in die Fabrik des Unternehmers hinein. Die Versammlung sei für sie eine große Lehre. Von der Annahme einer Resolution wurde nach diesen Erklärungen Abstand genommen.

Reservebilder mit Bier. Eine Frage von allgemeinem Interesse dürfte demnächst das Richterkollegium der Strafkammer in Meck zu entscheiden haben. Der Kommandeur eines dortigen Regiments hat, wie uns geschrieben wird, das Offiziers- und Unteroffizierskorps ersucht, sich für die Folge nicht mehr zu den üblichen „Reservebildern“ herzugeben, wenn diese in der Form von „Trinkgelagen“ dargestellt würden. (Gemeint sind jedenfalls solche Bilder, auf denen sich um ein harmloses Faß Bier die Kameraden mit einem Bierglas in der Hand gruppieren.) Ein Photograph hat nun trotzdem ohne Erlaubnis der Beteiligten ein solches Reservebild aus den Bildern der Einzelnen zusammengestellt. Der Feldwebel, sowie die Unteroffiziere der Gruppe haben deshalb, der „Vollstz.“ zufolge, auf Grund des Gesetzes betreffend den Schutz des eigenen Bildnisses gegen den Photographen Strafantrag gestellt.

Das ausgebrannte Froquois-Theater in Chicago wird, sobald der Leichenbeschauer es frei gibt, eine zweite Feuerprobe zu bestehen haben. Nach dem von dem Bürgermeister Harrison dafür entworfenen Plan werden aber diesmal geschulte Feuerwehrenten zur Stelle sein, um zu verhindern, daß das zu Versuchszwecken vorfälliger angelegte Feuer aus dem zerstörten Theatergebäude nach außen übergreift und Schaden anrichtet. Der Versuch wird in der Weise vor sich gehen, daß die Bühne des Froquois-Theaters mit leicht entzündlichen Stoffen angefüllt und diese in Brand gesetzt werden, nachdem für das Feuer dieselben Bedingungen geschaffen worden sind, die am Tage des furchtbaren Unglücks, dem 30. Dezember, bestanden. In Feuerwehrtreffen erwartet man, durch dies Experiment bedeutungsvolle Aufschlüsse über den Verlauf des Feuers zu erhalten, das so viele Leben hinwegraffte.

Geiteres. In der Punktausstellung. Sie (vor einem hochmodernen Bild): „Ich möchte wissen, warum sie dies Bild hier aufgehängt haben!“ Er: „Sicherfalls, weil 'den Künstler nicht erwischt haben!'“

„Ich, ich verachte Sie, daß ich noch nichts dergleichen an Herrn von Schaller erwidert habe, und hatte ich in Gesellschaft für einen sehr unangenehmen Menschen, der auch ein gutes Teil gefunden und vollkommenen natürlichen Humors hat.“
„Er ist nicht“, sagte die gnädige Frau Küsterin, „er ist nicht unangenehm, und ich werde manchmal selbst an ihm lachen; aber das ist dann der böse Geist, der in ihm leuchtet, und man muß ihn eben zu behandeln wissen. Ich liebe ihn mit Liebe wie ein Kind, und wenn ich erwidere, daß er wirklich der feinste Mensch und ein Charakteristischer durch mich.“
„Daran zweifelt wohl Niemand, gnädige Frau — aber ich glaube, der Herr Hofrat wird dort eine Art von Wortspiel begreifen. Ob das wohl lange dauert?“ sagte er vor sich hin.
„Ich, er ist ja ein Mensch“, sagte Frau von Schaller, mit einem schmerzlichen Blick nach der Zimmerdecke, „so feinsinnig, so geistreich! Es ist eine wahre Freude von einem Menschen, und wie man gesagt wurde, will ihn der Herr Hofrat auch in den Himmel mitnehmen.“
„Ja der Hofrat? Hofrat von Marzen würde sehr gut passen.“
„Ich, er verdient es auch“, sagte Frau von Schaller, „er verdient einen Lobesbrief! Es ist eine wahre Freude, und so sehr ich auch, so sehr ich auch ein wenig zu neugierig bin. Ich habe schon, wenn ich ihn höre, mich mit ihm, als wenn ich mich so recht von Herzen unterhalten müßte.“
„Das ist ein sehr angenehmes Gespräch für einen kranken Mann!“, sagte Frau; aber eine Antwort wurde ihm nicht.

denn der Hofrat begann. Frau von Schaller winkte dem jungen Mann bedeutungsvoll mit ihrem Fächer, sich ja recht ruhig zu verhalten, und glitt dann hinüber auf ihren Platz.
„Wann ich sage: der Hofrat beginnt, so meine ich damit, daß er etwas, sich laut zu räuspern, gewissermaßen ein Zeichen für die Gesellschaft, wie die Worte eines Präsidenten, daß sich jeder ruhig verhalten möge. Dann schloß er sich gewissermaßen in ein weiß gezeichnetes Dreieck, wogegen ich die Hände mit dem nämlichen noch einmal sauber ab, rührte die Fächer ein wenig, nahm einen Schind Wasser und wuschte sich wieder den Mund wischen, sah dann nach seinem Hut, ob der noch immer unter seinem Stuhle stand, und begann nun mit einer Grabesstimme — ein Kapitel aus Reuters „Mit einer Strozzid“ in einem ganz schmerzlichen Pathos zu beginnen.“
„Was trauete jetzt seinen Dänen kann, aber es war richtig, und die Hofräter setzen dabei geduldig wie die Lämmer und hören sich ohne ein Wort des Widerstandes gesellschaftlich nach.“
„Wohl eine Viertelstunde stand Frau und sah, wie es ihm anging, erwiderte aber den Rücken herüber zu laufen; da bemerkte er von Schaller, der ihn vor sich hin setzte, und als er sich zu geräuspern als möglich und immer auf den Rücken dort hinüber zog, flüchtete ihm er alle Herr zu: „Es wird Zeit, daß wir durch die Notwendigkeit abgehen. Ich wollte Sie mitnehmen, aber der Hofrat ist schon fort, und ich möchte ihn nicht stören; er hätte auch jetzt Spektakel gemacht.“
„Beide glitten jetzt durch eine offene schwere Tür in ein Nebenzimmer und durch dieses hin in eine andere kleine, ganz gemütliche Stube: das Stubenzimmer des Hofrats.“

„Alle Witter“, rief Hans vergnügt aus, als er dort ein Kistchen Zigarren und Bierflaschen auf dem Tische stehen sah. „Herr von Schaller, das war eine sehr glückliche Idee!“
„Hoh, nicht wahr?“ lachte der lange Baron. „Das ist hier mein Zufluchtsort, wenn sie mit's da draußen zu arg treiben. Der Hofrat ist jetzt aufgezoogen und muß erst wieder ablassen, und so lange haben wir Zeit. Da, helfen Sie sich selber, lieber Solberg, langen Sie zu; ich will sehen, daß ich noch einen oder den anderen Unglücklichen aus dem Strudel rette.“
„Aber weshalb fordern Sie den entsetzlichen Menschen zum Leben auf?“
„Anfordern?“ sagte von Schaller und sah Hans mit einem komischen Blick über die Brille an. „Glauben Sie, der läßt sich anfordern? Der kommt schon, die ganzen Taschen voll Bücher und Manuscripte, an und kann nie die Zeit erwarten, bis der Tee getrunken ist. Uebrigens schwärmen die Frauen für ihn — aber ich bin gleich wieder da, machen Sie sich bequem.“
Hans ließ sich nicht lange nötigen, und nach kaum fünf Minuten lehrte Schaller auch schon mit Hauptmann Dürrbeck, dem Hausarzt Doktor Potter und noch ein paar anderen Herren zurück, die auch gleich beschloffen, hier eine gemütliche Whippartie zu arrangieren. Der schloß sich aber Hans nicht an, da es ihn anging, wieder einmal eine acht deutsche Gesellschaft vom Anfang bis zum Ende durchzuführen.
Eine gute halbe Stunde verbrachte er aber doch in dem Raucherlokal und lehrte dann erst wieder in den Saal zurück.
(Fortsetzung folgt.)